

# Obama baut Wall-Street-Polizei

US-Präsident will mehr Einfluss für Notenbank und stärkeren Verbraucherschutz

**Als Konsequenz aus der Wirtschaftskrise will US-Präsident Barack Obama die heimischen Finanzmärkte an die kurze Leine nehmen. Es ist dies die grösste Reform der Branche seit 70 Jahren.**

RENZO RUF, WASHINGTON

Der Präsident glaubt immer noch, dass sein Land im Herbst nur knapp dem finanziellen Zusammenbruch entkommen ist. Deshalb versteht Barack Obama nicht, wieso die Wall Street nun derart heftig gegen seine Pläne zur Reform der Finanzmarktaufsicht schießt. Seinen Kritikern möchte er am liebsten zurufen: «Wir versuchen doch nur das Schlammassel aufzuräumen, das angerichtet wurde.»

Die Reformpläne, die der Präsident gestern in einer Rede vorstellte, werden hier als wichtigste Umgestaltung des Finanzmarkts seit der Weltwirtschaftskrise vor dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet. Betroffen sind alle Bereiche der Branche, wie aus dem 89 Seiten umfassenden Begleitbericht hervorgeht.

## Alle Finanzprodukte reguliert

Fünf Punkte sind zentral: Erstens soll die Notenbank künftig eine wichtigere Rolle bei der Aufsicht der Finanzbranche spielen: Sie wird eine Art Zentralkomitee für den Finanzmarkt, das die Arbeit der bereits bestehenden Agenturen koordinieren soll. Zweitens werden künftig alle Produkte reguliert, auch Derivate und Mortgage Backed Securities (MBS) – Wertpapiere also, die an Gewerbe- oder Privatliegenschaften gekoppelt sind.

Drittens sollen Konsumenten besser vor allzu gierigen Kreditkarten- oder Hypothekenfirmen geschützt. «Diese lächerlichen Verträge, in denen es viele Seiten in ganz kleiner Schrift gibt, wird es nicht mehr geben», sagte Obama. Viertens soll die Regierung vom Parla-



BARACK OBAMA «Lächerliche Verträge mit vielen Seiten in ganz kleiner Schrift wird es nicht mehr geben.» JONATHAN ERNST/REUTERS

ment die Vollmacht erhalten, Firmen zu übernehmen, die kurz vor dem Kollaps stehen. Und fünftens würde Washington die Kooperation mit anderen Staaten verbessern, wenn US-Unternehmen von der neuen «Wall-Street-Polizei» in andere Länder mit einer weniger strikten Aufsicht flüchten würde.

Präsident Obama versicherte gestern, er wolle aus der «Kaskade von Fehlern» lernen, die von Konsumenten und Firmen gemacht worden seien. Er verfolge aber nicht die Absicht, den Staat zu einem zentralen Mitspieler in der Marktwirtschaft zu machen.

Die Kritik setzte dennoch unmitttelbar ein: Vielen Vertretern der Wall Street geht die Reform zu weit. Sie befürchten, trotz der Versicherung des Gegenteils aus dem Mund

von Präsident Obama, dass sich die Politik noch stärker in die freie Marktwirtschaft einmischen wird.

## Kritiker sehen Fed als mitschuldig

Andere hinterfragen einen Eckstein der Reform: «Die nächste Blase kommt bestimmt», sagte ein Analyst des Wirtschaftssenders CNBC. «Wie soll die Notenbank dies verhindern?» Schliesslich seien es doch just die Währungshüter gewesen, die den letzten Boom mit billigem Geld angefeuert hätten. In den USA gebe es keinen Mangel an Aufsichtsbehörden; sie erledigten ihre Arbeit einfach nur schlecht.

Auch einige hochrangige Republikaner äusserten sich kritisch: So bemängelt John Boehner, die Nummer eins der Republikaner im Repräsentantenhaus, die Reform als

zu umfassend. «Die Regierung wird entscheiden, wie hoch der Zinssatz auf Kreditkartenschulden sein wird» – eine Anspielung auf die Konsumentenschutzbehörde.

Kritik gibt es aber auch aus demokratischen Kreisen. Einige Parlamentarier sind gar nicht glücklich über die Idee, auch Hedge Funds zu regulieren – die Investmentbanker gehören zu den grosszügigsten Spender von hochrangigen Politikern. Andere kritische Stimmen finden, die Reform gehe nicht weit genug. So war in Washington lange die Rede davon, dass die Rechte der Konsumenten weit umfassender gestärkt werden sollen.

Teile des Reformpakets müssen vom Parlament verabschiedet werden. Beobachter erwarten, dass dies nicht vor September der Fall ist.

Gisler



MARKUS GISLER

## Der Yuan als Leitwährung?

SIE HABEN ES BEMERKT, um die Finanzkrise ist es ruhiger geworden. Die Zinsmargen sind gesunken, das Interbankengeschäft funktioniert wieder einigermaßen, an der Börse ist nach dem Tief im März und der darauffolgenden Erholung Ruhe eingekehrt. Doch für viele Fachleute ist diese Ruhe trügerisch und weit mehr Ausdruck einer allgemeinen Verunsicherung. Wohin geht die Reise in den nächsten Monaten? Nicht nur das Seco revidiert die Prognosen nach unten. Die Aussichten sind weltweit wieder schlechter geworden.

BESONDERS DIE US-BANKEN könnten nochmals gewaltige Abschreibungen zu verkraften haben. Wäre das der Fall, geriete auch der Dollar in eine Krise. Währungskrisen aber sind Ausdruck von Machtverschiebungen. Kein Wunder, melden sich in dieser Phase jene zu Wort, die in der Vergangenheit als Schrittmacher die Weltwirtschaft angetrieben haben, so genannten Bric-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China), die alle auf ihre Art vom Dollar abhängig sind. Sie suchen nach Mitteln und Wegen, um diese Abhängigkeit abzubauen. Am letzten Wochenende übten sie sich an einer Tagung in Russland deshalb in rhetorischer Kraftmeierei und verkündeten grossspurig, eine Konkurrenz zum Dollar aufzubauen. Konkret sagte der russische Finanzminister, der chinesische Yuan solle bis in zehn Jahren den Dollar als Weltwährung übertrumpfen.

DAS IST ZWAR nicht auszuschliessen, doch dafür sind zehn Jahre eine etwas gar kurze Zeit, und zudem müsste der Welthandel bald wieder so in Schwung kommen, dass die Bric-Länder ihre Währungsreserven wieder ausbauen könnten. Gemäss IWF werden heute 64 Prozent aller Währungsreserven in Dollar gehalten und immerhin 26,5 Prozent in Euro. Der Yuan hingegen ist als Währungsreserve inexistent. Der Dollar wird nur dann schwach, wenn die USA in eine lang anhaltende Phase der Stagnation münden. Für den Dollar spricht der Umstand, dass jetzt, wo die Zinsen für Staatsobligationen wieder steigen, wieder mehr Geld in den Dollar fliesst. An der Stabilität der US-Währung zweifelt der Markt derzeit jedenfalls nicht. Anders würde es aussehen, wenn es zur allgemeinen befürchteten Inflation käme. Doch auch dann erhält der Dollar gerade von China Unterstützung. Das Land hält rund 2000 Milliarden Dollar an Währungsreserven.

DAMIT DER YUAN überhaupt eine Chance hat, eine Weltwährung zu werden, müsste China seine Währung völlig freigeben. Eine heikle Sache, weil der Yuan sofort aufgewertet würde, was Chinas Produkte zwangsläufig verteuert. Zudem müsste China auch intern erstarben. Ohne stützende und nachhaltige Binnennachfrage kann sich keine Währung erfolgreich im internationalen Markt behaupten. Die Chancen, den Dollar zu entmachten, sind folglich aus heutiger Sicht gering. Voraussetzung wäre auch, dass die USA ihre Hausaufgaben nicht erfolgreich zu Ende bringen. [wirtschaft@azag.ch](mailto:wirtschaft@azag.ch)

# Otto's verkauft jetzt auch Fertighäuser

Nach dem Einstieg ins Autogeschäft folgt nun ein Versuchsballon im Immobilienbereich

**Dank hoher Standardisierung will Detailhändler Otto's Häuser unter 400 000 Franken anbieten und damit in fünf Jahren schwarze Zahlen schreiben.**

UELI KNEUBÜHLER

50 000 Artikel führt der Detailhändler Otto's im Sortiment. Nun geht der Discounter aus Sursee neue Wege. Unter dem Namen Otto's Home verkauft er ab sofort Häuser – Fertighäuser. In vier Grössen und ab 369 000 Franken sind die Eigenheime zu haben. Gestern präsentierte Otto's-Chef Mark Ineichen seinen neuen Wurf erstmals vor den Medien.

Fragen über den falschen Zeitpunkt des Projekts konterte Ineichen damit, dass es eben gerade falsch wäre, das Projekt in der Hochkonjunktur zu lancieren. In der heutigen Krisen-

zeit seien günstige Eigenheime gefragt, ist Ineichen überzeugt. «Ich bin mir aber bewusst, dass es nicht einfach wird», sagt der Firmenchef, der in drei bis fünf Jahren mit den Fertighäusern schwarze Zahlen schreiben will.

## Monatlich ein Haus verkaufen

Einen konkreten Plan hat Ineichen für seinen Versuchsballon Fertighaus indes nicht. «Der Weg ist nicht klar.» Mit dieser Trial-and-Error-Strategie habe man gute Erfahrungen gemacht. Etwa mit dem Einstieg ins Autogeschäft 2006. In den letzten zwei Jahren habe man bereits mehr als 1000 Fahrzeuge verkauft.

Auf einen Selbstläufer hofft der Otto's-CEO auch bei den Fertighäusern. Bislang sei ein Haus (fast) verkauft, mit drei weiteren Interessenten werde verhandelt. Ineichens Ziel bis Ende Jahr:

Monatlich ein Haus verkaufen. Sein Verkaufsargument: gute Qualität zu einem günstigen Preis.

Wer nun ein möglichst günstig gefertigtes, importiertes Fertighaus erwartet, der sieht sich getäuscht. Einzig der Rohbau stamme aus dem Ausland, aus Deutschland. «Der Ausbau, von den Fenstern bis zum Küchenboden, wird von Schweizer Unternehmen vorgenommen», erklärt Ineichen. Bereits nach zwölf Wochen Bauzeit sind die Häuser bezugsbereit. Und: Sie verfügen über den ökologischen Minergiestandard.

Dass Otto's Home trotz regionalen Lieferanten so günstig bauen kann, liegt in der schmalen und starren Angebotspalette. 120, 136, 154 oder 157 Quadratmeter grosse Eigenheime stehen zur Auswahl, dazu sechs Optionen (Balkon, Photovoltaik ausbaubar,

Minergiepaket, Carport, Garage, Elektrostoren). Massanfertigungen sind Fehlanzeige.

## Modellrechnung: 1673 Fr. Monatszins

Was das für den Käufer heisst, rechnet er vor. «Bei 20 Prozent Eigenkapital kostet das kleinste Haus monatlich 1673 Franken.» Als Grundlage dient ein Hypothekarzins von 3 beziehungsweise 3,5 Prozent. In der Berechnung enthalten sind die Bauparallele für 76 000 Franken (400 m<sup>2</sup> zu 190 Franken) und Erschliessungskosten von 60 000 Franken.

Der günstige Preis hat allerdings auch seine Tücken. Denn langfristig sind Fertighäuser mit teilweise massiven Wertverlusten konfrontiert, wie eine deutsche Studie aus dem Jahr 2006 von Marketing Partner zeigt. Für die Schweiz liegen keine Zahlen vor.

## Nachrichten

### Bruggisser ist wieder Airline-Chef

Der ehemalige Swissair-Chef Philippe Bruggisser ist zum neuen Konzernchef der Vista Jet gewählt worden. Der 60-Jährige tritt das Amt Anfang August an, wie die Airline auf ihrer Homepage zu einem Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» bestätigte. Vista Jet will Kunden in Europa, im Nahen Osten und in Asien mit Privatjets eine Alternative zu bestehenden Konkurrenten bieten. (AP)

### ABB Grossauftrag für spanische Stromfirma

ABB hat vom spanischen Konzern Abengoa einen Auftrag für Arbeiten in Brasilien in der Höhe von 52 Millionen US-Dollar erhalten. ABB wird Leistungstrafos und Technologie zum Schutz vor Überspannungen zur Verbindung der Stromnetze im Norden und Süden Brasiliens liefern. Damit beteiligt sich der Technologiekonzern an drei Projekten der Manaus Transmissora de Energia. (AP)

### Detailhandel Gute Geschäfte dank Ostern

Ostern hat dem Schweizer Detailhandel im April dieses Jahres gute Geschäfte gebracht. Die Umsätze stiegen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat nominal um zehn Prozent an, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) bekannt gab. Den stärksten realen und verkaufstagsbereinigten Umsatzzuwachs verzeichnete die Warengruppe «Do it yourself, Freizeit» mit einem Plus von 19,9 Prozent. (AP)

### Mieten Preise sind im Mai um 0,3 Prozent gestiegen

Die Angebotsmieten sind in der Schweiz im Mai um 0,3 Prozent auf 114,3 Punkte angestiegen. Inners Jahresfrist betrug die Verteuerung gemäss dem Homegate.ch-Angebotsmietindex 3,1 Prozent. Teurer wurden die Mietwohnungen in Zürich und Bern, leicht abgenommen haben sie in Basel. Die stärkste Verteuerung wurde bei den grossen Wohnungen festgestellt. (AP)

### Kreditmarkt Unternehmer im Gespräch mit Bankiers

Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) hat mit Vertretern des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) und der Swissmem über die Situation im schweizerischen Kreditmarkt diskutiert. Der Zustand der Kreditmärkte sei grundsätzlich gut und von einer allgemeinen Kreditverknappung könne nicht gesprochen werden, bilanzierte der SBVg die Gespräche vom Dienstag. (AP)